

Gemeinwirtschaft und Selbstverwaltung.

Von Rudolf Wissell, deutschem Reichswirtschaftsminister.

Nach fast einem halben Jahre der Revolution liegt die deutsche Zukunft noch immer dunkel vor uns. Niemand vermag zu sagen, was sie uns im einzelnen bringen wird. Nur das wissen wir im voraus, daß es keine Zeit sorglosen Lebens sein wird, daß wir schwer und hart werden arbeiten müssen, daß wir weit unter dem wirtschaftlichen und sozialen Lebensstande der letzten Vorkriegsjahre stehen werden. Das ist unserem Volke noch nicht im entferntesten völlig klar geworden. Viele meinen, sich jetzt, nachdem die Kampfhandlungen eingestellt sind, für die vielen Entbehrungen der Kriegsjahre schadlos halten und wirtschaftlich erholen zu können. Das gilt auch von den Arbeitern. Um so notwendiger ist es, immer und immer wieder auf die überaus ungünstige wirtschaftliche Lage Deutschlands hinzuweisen.

Um aus dem Wirrwarr herauszukommen, in den uns die Not der Zeit gestürzt hat, muß es unser Hauptziel sein, sobald als nur möglich unser Wirtschaftsleben auf seinen lebendigen Kräften aufzubauen und für die großen Zweck die einzelnen, die im Wirtschaftsleben stehen, selbst mit heranzuziehen. So werden wir am sichersten den beiden Grundgedanken, der Gemeinwirtschaft und der Selbstverwaltung, zum Durchbruch verhelfen, die in dem von der deutschen Nationalversammlung angenommenen Sozialisierungsgezet und Gezet zur Regelung der deutschen Kohlenwirtschaft enthalten sind.

Ich habe bereits in der Nationalversammlung am 8. März ausgeführt, daß es uns fern liegt, von oben herab in bürokratischer Weise regieren zu wollen. Es kommt uns vielmehr darauf an, daß jeder einzelne sich in die Gesamtwirtschaft einfügt, daß er zu seinem Teil an der Bildung des Gesamtwillens mit teilnimmt. Wenn das geschieht, wenn jeder im Bewußtsein der Verantwortung für das Volksganze sich freiwillig dem unterordnet, was im Innern der Gesamtheit geboten ist, dann wird unser Wirtschaftsleben auch blühen und sich entwickeln können. Und ich führte dort weiter aus, daß Gemeinwirtschaft nicht Staatswirtschaft bedeutet, sondern Selbstverwaltung. Der Staat ist kein geeigneter Träger der Wirtschaft; er soll und kann die oberste Aufsicht führen, der oberste Sachwalter der Gesamtheit sein, Interessengegensätze mit Weisheit und Gerechtigkeit ausgleichen. Allein er soll mit seinen starren Formen, mit seinen ehrlichen, aber auch oft läppischen Manieren nicht in das feine System von Obem und Ueberchen eingreifen, das dem Volkskörper die nahrunggebenden Säfte zuführt. Das geschäftliche Handeln soll er im Rahmen der im Interesse des Volksganges gebotenen Notwendigkeiten denen überlassen, die vermöge ihrer Zugehörigkeit zu dem betreffenden Wirtschaftszweige Verständnis für dessen Bedürfnisse besitzen und bei denen auch das Gefühl der Verantwortlich-

keit für das Gedeihen dieses Wirtschaftslebens durch die Verbindung mit den eigenen Interessen geschärft ist. An einer solchen Mitarbeit und Mitverantwortlichkeit sollen auch in Zukunft die deutschen Arbeiter teilnehmen.

Um auf das erwähnte Gezet einer großzügigen Sozialisierung zurückzukommen, so muß ich immer wieder aufs neue betonen, daß es nicht nur eine Befugnis des Reiches enthält, sondern auch zugleich ein Programm: das Bekenntnis dazu, wirtschaftliche Unternehmungen zu sozialisieren, die für die Volksgesellschaft geeignet sind, die reif sind, aus der rein privatwirtschaftlichen Verwaltung in die Hand der Gesamtheit gelegt zu werden, und als Unternehmungen dieser Art ist die Gewinnung von Bodenschätzen besonders hervorgehoben worden.

Wenn hier von Bodenschätzen die Rede ist, so handelt es sich ausschließlich um die toten Bestandteile der Erde, also die Produkte des Bergbaues; die Gewinnung von Bodenerzeugnissen, alles, was mit der Bebauung des Bodens zur Förderung landwirtschaftlicher Erzeugnisse zusammenhängt, interessiert uns hier nicht.

Es braucht nicht erst betont zu werden, welche hervorragende Rolle bei diesem Gezetentwurf die Regelung der Kohlenwirtschaft spielt. So ist es denn auch nur angemessen, wenn nicht mehr einige wenige Kohlenmagnaten nach reinen privatkapitalistischen Interessen, sondern ein aus 50 Mitgliedern bestehender Reichskohlenrat im Interesse der Allgemeinheit die wichtigen Bestandteile des deutschen Wirtschaftslebens unter der Aufsicht des Reiches leiten wird.

Das aber ist das unumgänglich notwendige und zur Gesundung des Volksganges unentbehrliche Moment hierbei, daß die an dem betreffenden Wirtschaftszweige unmittelbar beteiligten Kreise herangezogen werden. Jetzt haben nicht nur mehr Erzeuger und Händler zu verfügen, sondern auch der Verbraucher hat ein Wort in die Waagschale zu werfen. Mag auch die mit diesem neuen Wirtschaftssystem verbundene Zentralisation die Gefahr der Schematisierung in sich bergen und dem freien Wettbewerb Fesseln auferlegen: die unter Reichsaufsicht stehende Selbstverwaltung der beteiligten Kreise ist dazu angetan, dieser Gefahr entgegenzuwirken und die eine persönliche Initiative bedrohenden Allgemeinvorschriften auszugleichen.

Es ist wohl möglich, daß in den ersten Uebergangszeiten dieser notwendige Ausgleich nicht immer gefunden wird, aber ich zweifle nicht, daß er kommen wird. Denn es wird sich zeigen, wie wenig hier im letzten Grunde Gegensätze vorliegen, wie sehr die Zeit vielmehr eine höhere Einheit, die den Interessen aller dient, herausbilden wird.